

# Rote Fahne

Wochenblatt der Kommunistischen Arbeiterpartei Deutschlands,  
Wirtschaftsbezirk Frankfurt a. M.

Nr. 7

Einzelnummer 40 Pfennig  
Erscheint wöchentlich Samstags

Frankfurt a. M., 5. Juni 1920

Inserate 4 gespaltene Petitzeile  
1.20 Mk. Bei Wiederholungen  
Rabatt.

1920

## Wir und die Wahlen.

Das deutsche Proletariat hat am 6. Juni 1920 zu wählen zwischen Revolution und Stimmzetteldemokratie. Die Bourgeoisie rüstet mit Hochdruck auf die bewaffnete Auseinandersetzung mit der Arbeiterschaft. Klar und deutlich sieht man den Bürgerkrieg am politischen Himmel. Wie beantwortet das Proletariat die Mobilisation der Bourgeoisie? Politische Hochstapler und Mandatsjäger rufen zur Stimmzetteldemokratie, um mit dem Wahlzettel die Gegenrevolution niederzuschlagen. Die Parlamente sind die politische Form der Klassenherrschaft der Bourgeoisie, nichts anderes als die organisierte Gewalt der besitzenden Klassen, die Krone des Klassenstaates dessen ganze Schwere sich entwirft, als eine auf Gegenseitigkeit beruhende Versicherungsgesellschaft zwischen dem Grundeigentümer, dem Soldat, dem Richter und dem Priester, die zu dem Zwecke geschlossen wurde, einander die Herrschaft über das Volk und eine überlegene wirtschaftliche Stellung auf dessen Kosten zu sichern. Wer in Parlamente geht, verschachtet die Lebensinteressen des Proletariats, ist gegenrevolutionär. Die Erfahrungen des proletarischen Klassenkampfes werden von dem Führergefindel der parlamentarischen Arbeiterparteien nicht beachtet. Der bürgerliche Parlamentsbetrug ist die wahre Seele aller sozialistischen Phrasenschwäger und opportunistischen Konjunkturpolitiker. Dreimal habt ihr seit den Novembertagen gewählt, was habt ihr erreicht, wen habt ihr gewählt? Ihr habt die Gegenrevolution großgezüchtet und euren Schlächtern das Messer in die Faust gedrückt.

Werft einen Rückblick auf die Geburtsstunde der Gegenrevolution? In den Januartagen 1919 kämpfte die Vorhut der deutschen Arbeiterklasse um die Räteorganisation, die proletarische Diktatur, den Staat des Proletariats. In diesem Kampfe schlugen sich die parlamentarisch prostituierten „Arbeiterführer“ auf die Seite der Bourgeoisie. Gemeinsam mit den wilhelminischen Blutgenerälen, also mit ihrer Hilfe, wurde die Arbeitererhebung niedergeschlagen. Die erste Schlacht der Gegenrevolution war gewonnen; die Besten des Proletariats bedeckten die Walstatt. Aus dieser mit Arbeiterblut geschwängerten Atmosphäre wurde die Nationalversammlung aus der Taufe gehoben.

In Weimar zeugte diese Phrasenmühle die Reichsversammlung, jenen Vertrag zwischen Herren und Knechten. „Die Revolution ist für uns abgeschlossen“ verkündeten die Bonzen der rechtssozialistischen Meuchelmörder. Voran Friedrich Ebert, ehemaliger Sattlergeselle, der unter Parademärschen weißer Soldner und altpreussischen Helbengefängen zum deutschen Papste gewählt wurde, dessen Hand heute nicht verbodert, denn er als „Sozialdemokrat“ Todesurteile gegen seine eigenen Klassengenossen bestätigte.

Die Leichen von 20 000 Proletariern waren die Grundfesten der Nationalversammlung. Arbeiterblut rötete ihre Quadern und auf dem Firste saß der „Arbeiter“ Noske, rollte seine bluttriefenden Augen, ballte seine knochenzerfahrenden Fäuste und drohte jeden Arbeiter zu zerschmettern, der es wagen sollte, anders zu denken, anders zu sprechen und anders zu schreiben als der „Sozialdemokrat“ Noske. Wer die Geschäfte der Bourgeoisie führt, muß die Stimme des Proletariats zum Schweigen bringen. Gesehliche und ungesetzliche Massenmorde, Standgerichte und Kriegsgerichte, Belagerungszustand, Presseverbote, Feldzüge weißgardistischer Mordbänden in München, im Ruhrgebiet usw., das war der „Sozialismus“, der Segen der Nationalversammlung. So sah der Beginn des Jahres 1919 die Errungenschaften der Novembertage in Trümmer sinken, die blutbedeckten Offiziersbestien traten in den Dienst der Ebert-Republik, über Massengräber führten ihre Spuren und das Ende des Jahres 1919 sah die Ebert Republik unter dem Kommando dieser Prätorianergarde, Kapp und Lüttwitz zerrissen den Schleier, der eine brutale Klassenherrschaft verhüllen sollte.

Arbeiter! Genossen! Eine endlose Wiederholung dieser entsetzlichen Tragödie von 17 Monaten Deutscher Revolution müßt ihr verhindern!

Der Kapp-Putsch war das Totengeläute der Nationalversammlung, die Gegenrevolution hatte sie erzeugt, die Gegenrevolution, kühner und stärker als einst, trägt sie zu Grabe. An ihrer Wiege stand kindliches Vertrauen großer Massen, an ihrem Sterbebette befeelt eiserne Entschlossenheit die Proletarierherzen die Macht der Bourgeoisie mit ihren Parlamenten zu zertrümmern. Und trotzdem fordern Arbeiterführer euch auf zur Stimmzetteldemokratie zur Zeugung des zweiten Kindes der Gegenrevolution, zur Wahl des neuen Reichstages.

Arbeiter! Genossen! Laßt euch nicht in den Schlaf wiegen, der weiße Schrecken schläft nicht. Revolution mit Wahlzetteln ist Führerschwindel. Wer als Arbeiter einen Stimmzettel in die Wahlurne steckt, ist ein Feind der Arbeiterklasse, ein Zuhälter der Ausbeuter, denn der Parlamentarismus ist die Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital. Selbst wenn ihr einen Kommunisten wählt, wird sich daran nichts ändern, denkt an Ebert, Noske, Heine, das ist Parlamentarismus.

„Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Metzger selber“

Parlamentarismus ist maskierter weißer Schrecken, ist Verneinung der Revolution.

Schon jubeln politische Astronomen über den Kometen, der am Horizonte scheinen soll, die „rein sozialistische“ Arbeiterregierung. Die bürgerliche Klassenherrschaft ist in Zerfall, die Kontition geht in Schönheit unter, die parlamentarischen Arbeiterparteien werden die Regierung übernehmen, denn Herz und Puls schlagen parlamentarisch, als Tanzboden haben sie das Parlament. Einführung des Räteystems bedeutet den Selbstmord der reinsozialistischen Arbeiterregierung und wer glaubt an Selbstmord von Ebert, Kautsky, Levi? In Ihren Köpfen ist kein Raum für Rätegedanken, sondern nur für Illusionen der bürgerlich formalen Demokratie. So wird diese politische Nothilfe der Bourgeoisie scheitern, an sich selber und die Bourgeoisie selbst am Ende, freut sich über das Ende der, reinsozialistischen Arbeiterregierung. Alles Freuden Sterbender, die noch an das Leben glauben. Aber wer weiter lebt, wer geheilt ist von allem Führertum, allem Parlamentesbetrug, das ist das revolutionäre Proletariat. Es ist der Anfang der kommunistischen Bewegung, die kommunistische Arbeiter-Partei, die nicht mehr verhandelt, sondern handelt. Es ist die revolutionäre Betriebsorganisation zusammengefaßt in der Allgemeinen Arbeiter-Union, die in breiter Front marschiert zum Sozialismus, zum Kommunismus!

**Nieder mit dem Parlamentarismus!**

**Nieder mit den Kalenderbrhmanen der parlamentarischen Arbeiterparteien!**

**Es leben die revolutionären Räte!**

**Es lebe die revolutionäre Räteregierung!**

**Es lebe die proletarische Revolution!**

## Die Durchführung des Parlamentsboykotts.

B. R.

Zwei Sektionen der kommunistischen Internationale sahen sich in der jüngsten Vergangenheit vor die Notwendigkeit gestellt, in der Frage der Anteilnahme am Parlament konkret Stellung zu nehmen. Die K. P. D.-De. entschied sich für den Boykott der Parlamentswahlen, die K. P. D. (Spartakusbund) dagegen für die Beteiligung an den Parlamentswahlen. Im deutschländischen Zweige der kommunistischen Internationale gingen dieser Entscheidung lange Debatten der Selbstverständigung und Selbstverwirrung, organisationszersezende Kämpfe voran. Der österreichische Beschluß betrachtet die Frage des Parlamentarismus für jeden Kommunisten prinzipiell als erledigt und nimmt — sehr richtig — nur konkret Stellung in jener taktischen Frage, ob die Partei an den nahenden österreichischen Parlamentswahlen teilnehmen soll, oder nicht.

Welche Resultate die Durchführung des deutschländischen Beschlusses: Das Eingehen in den Wahlkampf zeitigen wird — nicht vom Gesichtspunkte der zu erhaschenden Mandate, sondern von jenem der organisatorischen Zuträglichkeit für die kommunistische Partei — soll vorläufig dahingestellt bleiben. Es kann aber schon voraus festgestellt werden, daß der Beschluß der K. P. D.-De. für die Zukunft ein mächtiger Förderer der organisatorischen Einheit und Festigkeit der Partei sein wird, und daß die Verwirklichung des Boykotts im kommunistischen Sinne ein Beträchtliches zur Bepflückung der parlamentar-demokratischen Illusionen der österreichischen Arbeiterschaft, zur Revolutionierung der Arbeiterklasse, zur gesunden Anschwellung der Parteiorganisationen beitragen wird.

Was verstehen wir unter der Durchführung des Boykotts in kommunistischem Sinne?

Der syndikalistische Boykott des Parlamentarismus ist die Verneinung der parlamentar-politischen Tätigkeit der Arbeiterklasse aus prinzipiellen Gründen. Daher kommt es daß der syndikalistische Antiparlamentarismus immer nur ein negatives Lösungswort blieb, ohne gegenüber den Parlamentswahlen irgendwelche positive Aktionen entfalten zu können. Nie und nirgends vermochte der Syndikalismus zur Zeit der Wahlpropaganda einen erfolgreichen Kampf zu führen, mit seinem „Nichts als Parlamentarismus“ wurde er notwendigerweise in die Passivität gedrängt. Er verkündete ständig den Antiparlamentarismus, konnte aber in der Zeit der Wahlen höchstens in geringem Maße eine gewisse Neutralität bei einem Teile der Arbeiterschaft erzielen, ohne auch eine positive Massenaktion gegen die Beteiligung an den Wahlen hervorrufen zu können.

Kurzum: der syndikalistische Antiparlamentarismus führte — gerade wegen seiner prinzipiellen Natur — zur Passivität, er blieb reine Negation und konnte nicht zur Quelle einer positiven Massenaktion werden.

Der marxistische Kommunismus verwirft den Parlamentarismus grundsätzlich nur als eine geschichtlich und inhaltlich der bürgerlichen Staatsorganisation entsprechende Institution, die sich nicht dazu eignet, das Organ des vom Kapitalismus zum Sozialismus führenden Proletariats zu sein. Dieser Standpunkt ist also nicht die absolute Verneinung der Anteilnahme an der parlamentarischen Aktion. Der Boykott der Kommunisten ist eine Teilfrage der revolutionären Taktik und wenn in einem gewissen historischen Abschnitt der Revolution die Frage auftaucht, ob die kommunistische Partei die Möglichkeit des Gebrauches der parlamentarischen Waffen von sich weisen und bestrebt sein soll, die Massen den parlamentarischen Sphären des politischen Ringens zu entziehen, sind auch schon folgende Fragen gegeben:

1. Dem Gebrauche welcher Waffe soll die dadurch freigewordene Energie momentan zugewendet werden, damit die verfügbar gewordenen Kräfte sich nicht nutzlos zerstreuen.
2. Welche taktische Mittel sind anzuwenden, um die bloße Verneinung des Boykotts in der konkreten geschichtlichen, bezw. politischen Situation in eine der Befreiung des Proletariats positiv dienende Aktion: die Massenaktion umzusetzen.

Der kommunistische Parlamentsboykott duldet also die Passivität nicht. Gegenüber dem notwendigerweise passiven Antiparlamentarismus des Syndikalismus bedeutet der im kommunistischen Sinne genommene Boykott einen aktiven Boykott, der Boykott selbst also muß sich in eine Massenaktion umwandeln.

Gerade weil die Stellungnahme der kommunistischen Partei gegen die Teilnahme im Parlament nicht grundsätzlicher Natur ist, sondern das Ergebnis einer taktischen Stellungnahme in einer konkreten politischen Lage, in einer gegebenen Periode der Revolution, deshalb kann sie sich nicht im alltäglichen Verkünden des Antiparlamentarismus als ewige Wahrheit erschöpfen, deshalb kann sie nicht passiv bleiben, deshalb muß sie sich in der Situation angemessenen Massenaktionen manifestieren.

Auf die erste der oben aufgeworfenen zwei Fragen gibt in der heutigen Periode des proletarischen Klassenkampfes das Gegenüberstehen der Arbeiterräte dem Parlamente von selbst die Antwort. Nach Entschließung der Boykottierung des Parlamentes ist es Aufgabe der kommunistischen Parteien, die Arbeiterräte in gesteigertem Maße zu Kampfes- und Machtorganisationen auszubauen, die Doppelgewalt zu entwickeln, das heißt: die Macht der Arbeiterräte auf Kosten der demokratischen Organe des Bourgeoisestaates zu steigern und beide je schärfer gegenüberzustellen. Um die landläufige Phrase zu gebrauchen: die Nebenregierung muß zur Gegenregierung ausgeschaltet werden. Das weitere dann im allgemeinen eine Frage der revolutionären Taktik und gehört nicht zum behandelten Problem: zum Boykott des Parlamentes.

## Der Parlamentarismus schafft Arbeiterverräter!

Auf die zweite Frage wollen wir mit der Erläuterung des Begriffes vom aktiven Boykott antworten.

Der aktive Boykott bedeutet, daß die kommunistische Partei sich nicht mit der Ausgabe der Parole gegen die Beteiligung an den Wahlen begnügt, sondern im Interesse der Durchführung des Boykotts eine ebenso ausgedehnte revolutionäre Agitation entfaltet, als ob sie in die Wahlen eingetreten wäre und ihre höchst Zahl von Proletarierstimmen eingestellt hätte. Das ist die minimale Bedingung der Aktivität des Boykotts, das muß also von der kommunistischen Partei unbedingt durchgesetzt werden, hat sie sich einmal in Bewertung des revolutionären Momentes zur Boykottierung des Parlamentes entschlossen. In einer entsprechenden revolutionären Situation, mit dem weiteren Heranreifen der revolutionären Krise — was im Verlaufe der Wahlkämpfe, besonders aber bei gehöriger Aktivität des kommunistischen Boykotts sprunghaft rasch vor sich gehen kann — läßt sich die Aktion bis zur Vereitelung der Abstimmung durch eine Massenaktion steigern.

Es versteht sich von selbst, daß die in diesem Sinne genommene Boykottagitation dieselben Mengen von Flugchriften, Plakaten, Reklamen, Wählerversammlungen, Konferenzen erfordert, wie die Wahlagitation. Deshalb müssen zur Durchführung der Boykottagitation geradeso interimistische Organisationen und Aktionskomitees errichtet werden, als ob die Partei zur Wahl rüsten würde.

Es ist nach all dem nur natürlich, daß die Losungsworte der Boykottaktionen nicht nur negative sein können: „Keinen Heller, keine Stimme für die Spiegelfechtereien der parlamentarischen Demokratie“, daß es nicht lediglich antiparlamentarische Losungsworte sein können, sondern es müssen allen bourgeoisdemokratischen, scheinrevolutionären Parolen der opportunistisch-reformistischen Arbeiterparteien die positiven Losungsworte der Proletarierrevolution entgegengesetzt werden. Der Bourgeoisdemokratie, nachdem sie ihre Lügenhaftigkeit entlarvt, stellt die K. P. in der Wahlbewegung die Diktatur des Proletariats, der Bourgeoisrepublik die Rätereublik, dem „Volksherr“ das Klassenheer des Proletariats gegenüber usw. Besonders sei auf die Notwendigkeit hingewiesen, die Parole der „reinen sozialistischen Regierung“ zu demaskieren.

Nun wirft sich die Frage auf, in welchem Verhältnis der revolutionären Wirkung eines solchen aktiven Boykotts zum Werte einer revolutionären Wahlagitation steht.

Ohne hier eine Kritik der Beschlüsse, es sei der K. P. D. (Spartakusbund), es sei der K. P. D.-De., geben, oder diese zwei Resolutionen auch nur in ihre historische Situation einstellen zu wollen, stellen wir im Sinne des Beschlusses der K. P. D. (Spartakusbund) zu enthaltende Wahlagitation dem im Sinne obiger Auslassungen durchzuführenden aktiven Boykott gegenüber.

Eines der Hauptmotive des Beschlusses der K. P. D. (Spartakusbund) ist: Ausnützung der Möglichkeiten der durch die Wahlkampagne gebotenen revolutionären Aufklärungsarbeit. Ein zweites Hauptmotiv ist: Benützung der Parlamentstribüne während der Zeit der permanenten Ausnahmezustandes unter der Bourgeoisiediktatur. Vom Gesichtspunkte obiger Gegenüberstellung spielt der zweite Beweggrund keine Rolle.

„Der Wahlkampf muß geführt werden als Kampf für Revolutionierung der breiten Arbeitermassen, die bisher noch im Banne der Illusion der bürgerlichen Demokratie befangen sind“ — sagt die Resolution der K. P. D. (Spartakusbund)

Zweifellos kann diese revolutionierende Arbeit im Rahmen einer aktiven Boykottagitation viel schärfer und leichter vollführt werden, als innerhalb einer Wahlagitation, wo die Lage sich folgendermaßen kompliziert: Die breiten Arbeitermassen, die „bisher noch im Banne der bürgerlichen Demokratie (und zwar der parlamentarischen Demokratie) befangen sind“, müssen unter Verhältnissen aufgeklärt werden, wo die die Wertlosigkeit des Parlamentarismus verkündende Partei die Stimme für sich erbittet, und solcherart gerade vor den breiten Massen mit sich selbst — wenn auch nur scheinbar — in Widerspruch gerät.

Kann also eine Partei auf Grund der Bewertung einer revolutionären Situation es sich erlauben, — und unserer Ansicht nach kann sie das — auf die parlamentarische Arbeit zu verzichten, so überragt ein aktiver Wahlboykott vielmach den revolutionierenden Wert, eine mit noch so revolutionären Parolen und mit noch so starker Geringschätzung des Parlamentarismus geführten Wahlagitation.

Jene Auffassung also, wonach die kommunistischen Parteien, um die Agitationsmöglichkeiten der Wahlen auszunützen, an den Parlamentswahlen teilzunehmen hätten und sie schon deshalb nicht gut würden, sich auf den Standpunkt des parlamentarischen Boykotts zu stellen, kann so wenig standhalten, daß gerade das Gegenteil davon richtig ist.

Ebenso wenig stichhaltig ist jenes Argument, wonach es leichter wäre, die Massen zur Abgabe ihrer Stimmen in revolutionärer Richtung, als dazu zu bewegen, daß sie sich der Abstimmung enthalten sollen. Die K. P. D. (Spartakusbund) — als marxistische revolutionäre Partei — erklärt in ihrer Resolution vorweg, daß sie die zu erreichenden Stimmen und Mandate nicht für maßgebend betrachte. Die den Boykott leitende kommunistische Partei muß bestrebt sein, den Verzicht auf die Abstimmung bis zum Maximum zu steigern, doch so wie die Zahl der erhaltenen Stimmen nicht von erstrangiger Bedeutung ist, so auch das Verzicht auf die Abstimmung nicht.

Es ist gewiß, daß die revolutionäre Boykottagitation jene prinzipiellen und taktischen Unterschiede, die die kommunistischen Parteien der revolutionären Phrase trennen, viel klarer vor die noch zu revolutionierenden Massen bringt, als die auch auf den Stimmenfang ausgehende Agitation. Vom Gesichtspunkte der Bewertung der zwei Methoden ist dies das entscheidend Wichtige.

Alle diese Fragen, die weder von den Leitenden des Berliner Bureaus, noch von den Thezen des Amsterdamer Bureaus über den Parlamentarismus berührt werden, können sehr bald aktuell werden in Jugoslawien und Polen, wo Wahlen zur Nationalversammlung bevorstehen, in der Tschecho-Slowakei, in Bulgarien und Italien, wo die Tätigkeit der neugewählten Parlamente durch die außerparlamentarische Aktion der Massen, andererseits durch die revolutionärparlamentarische Taktik der Arbeiterparteien oder einzelner Fraktionen, — also durch Sabotage der parlamentarischen Arbeit — binnen kurzem unmöglich gemacht und eventuell die Ausschreibung neuer Wahlen nötig werden wird. In manchem dieser Länder wird das Erstarken der Revolution den Boykott der Wahlen auslösen und die auf diese Weise durchgeführte revolutionäre aktive Boykott-Massenaktion kann unter Umständen zum Verwerfen des Parlamentarismus und zur Institutionierung der Rätemacht führen. Der Resolution der K. P. D.-De. und den anknüpfend daran aufgetauchten Fragen sichert dies internationale Bedeutung.

(Kommunismus, Heft 18.)

## Parlamentarismus ist Gegenrevolution!

## Wahlschwindel!

In der Frankfurter „Volksstimme“ ist in den Tagen des Wahlkampfes so mancherlei zu lesen, so auch dieses:

## Wer hat das Blut auf dem Gewissen?

**Wer** hat Millionen deutscher Jünglinge und Männer in den Tod geholt und sie zu Krüppeln schießen lassen?

Die sogenannten bürgerlichen Ordnungsparteien und ihr ehemaliger fluchbeladener Militarismus!

**Wer** hat den Kummer der Hinterbliebenen und den Jammer der Siechen und Verstümmelten verschuldet?

Die Kriegsheer der reaktionären Rechtsparteien, die Deutschen, die Deutsche Volkspartei, kurzum der monarchistisch-militärische Klüngel!

## Wähler,

wollt ihr die Verbrecher am deutschen Volke in den Reichstag schicken?

Mit solchen Worten tritt die Partei Wahlagitation, die während der ganzen Zeit des Krieges diese Militär- und Eroberungspolitik bis zum äußersten unterstützt hat, deren Südekum als Kriegsheer nach Italien und Rumänien reiste, deren Scheidemann noch vor Ausbruch der Revolution zur Kastung des deutschen Kapitalismus in die sogenannte Verteidigungsregierung eintrat und deren Noske und Schnappenhorst jetzt noch vom Blute der 20 000 gemordeten Revolutionäre trieft. „Wer hat das Blut auf dem Gewissen“, „wer hat den Kummer der Hinterbliebenen verschuldet“ so möge sich die Partei der Noske angesichts dieser Tatsachen selbst fragen.

## Aus dem Wirtschaftsbezirk Frankfurt a. M.

Am 31. Mai fand im Gutenbergsaal eine Mitgliederversammlung der K. A. P. D. statt, die sehr schlecht besucht war. Zunächst wurde die Zeitungsfrage behandelt und beschlossen, die K. P. wieder 4 seitig einmal wöchentlich erscheinen zu lassen. Der Abonnementspreis wurde auf 2,50 Mk. monatlich festgesetzt und das Abonnement für alle Mitglieder zur Pflicht gemacht. Die Genossen, die die K. A. P. weiter beziehen wollen, sollen ihre Adressen angeben und bekommen dieselbe dann direkt von Berlin aus zugestellt. Unter Geschäftlichem wurde der schlechte Versammlungsbesuch gerügt und die Genossen aufgefordert, dafür zu sorgen, daß die nächsten Versammlungen besser besucht würden. Eine Sammlung für die Flüchtlinge und Inhaftierten ergab den Betrag von 134,60 Mk. Die letzte Vertretersmännerversammlung befaßte sich mit der Schrift Wolffheim-Laufenbergs über Kommunismus gegen Spartakismus. Die Diskussion war eine sehr rege, konnte jedoch nicht abgeschlossen werden. Den ersten Teil der Schrift billigsten alle Genossen. Über den zweiten Teil jedoch traten Meinungsverschiedenheiten zu Tage, die hoffentlich in der nächsten Sitzung ihre Klärung finden werden.

**Beitragserhebung.** Der Beitrag und das Abonnementgeld für die K. P. werden regelmäßig am 1. Sonntag im Monat kassiert. Wir bitten die Mitglieder, den Unterkassierern ihre Arbeit zu erleichtern und wenn sie nicht zu Hause sein sollten, den Beitrag bei ihren Angehörigen zurecht zu legen.

**Beschluß.** Die Mitgliederversammlung der K. A. P. D. Frankfurt vom 31. Mai hat beschlossen, die K. P. wöchentlich einmal 4 seitig erscheinen zu lassen und das Abonnementgeld auf 2,50 Mk. monatlich festzusetzen. Das Abonnement der K. P. ist für jedes Mitglied Pflicht. Wer daneben die Verl. K. A. P. beziehen will, muß dies seinem Unterkassierer melden.

**Die Kommunisten beteiligen sich nicht an der Wahl!**

## Spiegelwerk.

In der Abendausgabe des „General Anzeigers“ vom 29. Mai steht zu lesen:

Ein Drohbrie\* an den Polizeipräsidenten. Polizeipräsident Ehrler erhielt gestern einen mit Schreibmaschine geschriebenen Brief, der folgenden Wortlaut hat:

„Herr Polizeipräsident! Die Verfolgung der Reaktion hat die schönsten Blüten gezeitigt. Hat man doch das unmündige Kind des Majors Bischof seiner Freiheit beraubt; daß der Haftbefehl aufgehoben wurde, sonst hätte Oberpräsident Lippmann seine Strafe erhalten! Wir dulden nicht, daß wegen politischer Defizite Personen in Schutzhäft kommen und stellen Ihnen das Ultimatum von drei Tagen, entweder den Herrn Minister der Freiheit wiederzugeben, oder in der „Frankfurter Zeitung“, 1. Morgenblatt, den Haftbefehl bekannt zu machen, was den Zweck hat, den Unterzeichner ausfindig zu machen. Sollten Sie sich weigern, diese erste Mahnung nicht zu befolgen, so ist das Urteil schon gesprochen. Die Freunde der politischen Freiheit.“

Minister, der in Frankfurt unter dem Namen König austrat, ist bekanntlich deshalb festgenommen worden, weil er steckbrieflich verfolgt war.

Man könnte annehmen, der angebliche Brief sei von einem Schuljungen geschrieben. Uns scheint es jedoch, daß unter den „Freunden politischer Freiheit“ andere dunkle Elemente versteckt sind.

Verantwortlich für Redaktion und Verlag: Kurt Krüger, Frankfurt a. M. Druck: G. Turck, Frankfurt a. M.

## Schriftenvertrieb der K. A.-P. D. Frankfurt a. M.

Borchardt, Einführung in den wissenschaftlichen Sozialismus 4.80 Mk.

Berliner-Borchardt, Der Bolschewistische Staat 2.20 Mk.

Borchardt, Der historische Materialismus 1.20 Mk.

„ Die Diktatur des Proletariats — 75 Mk.

„ Berliner, Der kommunistische Aufbau 1.— Mk.

Otto Rühle, Die Revolution ist keine Parteifache — 80 Mk.

Sämtliche Schriften sind bei den Distriktskolporteurs zu haben. Wo dies nicht möglich, wende man sich direkt an

Robert Sauer, Frankfurt a. M., Betterweilstr. 65II.

## Allgemeine Arbeiter-Union

Büro: Ludwigstraße 11 III L. ■ Telephon Amt Römer 1767

Die Versammlungen finden von jetzt bezirksweise statt, um jedem Mitglied Gelegenheit zu geben, die Versammlungen zu besuchen.

Bezirk: Bahnhof Freitag, 11. Juni 8 Uhr.  
Kronprinzenstraße 57, bei Haimelr.

## Schneiderei Heßbader & Waßmuth

empfehlte sich in Anfertigung von Herren- und Damenkleidern

Roßdorferstraße 17, Saden • Telephon Amt Römer 2570